

# **Dringlichkeitsantrag**

**Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, am 17. Dezember 2022**

**Initiator\*innen:** Katharina Binz (KV Mainz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Katrin Eder (KV Mainz), Christian Viering (KV Mainz), David Profit (KV Alzey-Worms), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern), Natalie Cramme-Hill (KV Trier), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Musgana Tesfamariam (KV Mainz), Fabian Ehmann (KV Mainz), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Melani Pelaez Jara (KV Mainz-Bingen), Lukas Hartmann (KV Landau), Laura Martín Martorell (KV Koblenz), Astrid Becker (KV Mainz), Johannes Kobiela (KV Mainz)

**Titel:** **Fachkräftemangel begegnen - eine aktive  
Zuwanderungspolitik für Deutschland**

---

## **Antragstext**

1 Jede\*r merkt es: Ob in Arztpraxen, Kindertagesstätten, der Gastronomie, im  
2 Handwerk, im ÖPNV, in der Industrie – eigentlich überall: Deutschland und  
3 Rheinland-Pfalz gehen die Arbeitskräfte aus. Und das, obwohl der Renteneintritt  
4 der Baby-Boomer-Generation gerade erst beginnt. Neben vielen anderen Maßnahmen  
5 brauchen wir eine zeitgemäße und vorausschauende Zuwanderungspolitik, um dem  
6 Fachkräftemangel zu begegnen. Bis 2030 könnten uns bis zu fünf Millionen Fach-  
7 und Arbeitskräfte fehlen. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen brauchen  
8

9 wir eine Nettozuwanderung von etwa 400.000 Menschen pro Jahr. Ohne diese  
10 Menschen können wir unseren Bedarf an Arbeitskräften nicht decken und unseren  
11 Wirtschaftsstandort und unsere Daseinsvorsorge nicht aufrechterhalten. Schon  
12 jetzt führt der Mangel an Fach- und Arbeitskräften auf das Jahr gerechnet zu  
einem Verlust von mehr als 80 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung.

13 Mit dem geplanten neuen Einwanderungsrecht erkennt die Bundesregierung endlich  
14 an: Deutschland ist ein Einwanderungsland und handelt jetzt auch entsprechend.  
15 Wenn wir weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleiben wollen, müssen wir uns im  
16 internationalen Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände erfolgreich  
17 bewähren. Deshalb muss Deutschland, muss Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland  
18 attraktiver werden. Wir müssen nicht nur bessere Arbeitsbedingungen bieten,  
19 sondern auch das Lebensumfeld so gestalten, dass sich zugewanderte Menschen  
20 wohlfühlen und bleiben möchten. Hier hat Rheinland-Pfalz mit seiner offenen  
21 Lebensart, der Geselligkeit und Weltoffenheit einen klaren Standortvorteil, den  
22 wir bewahren und ausbauen werden. Aber auch unsere offene Gesellschaft ist kein  
23 Selbstläufer: Anerkennung von Vielfalt, Integration und Willkommenskultur  
24 brauchen unser dauerhaftes Engagement.

25 Außerdem vollzieht die Ampel im Bund endlich einen Paradigmenwechsel in der  
26 Flüchtlingspolitik: Menschen, die seit fünf Jahren geduldet oder gestattet in  
27 Deutschland leben, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht.  
28 Während dieser Zeit soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, die übrigen  
29 Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Diese Menschen, die über die  
30 lange Aufenthaltszeit ihr Lebensumfeld in Deutschland gefunden haben, erhalten  
31 damit eine dauerhafte Bleibeperspektive. Mit den geplanten Anpassungen des  
32 Staatsbürgerschaftsrechts geht die Bundesregierung noch einen Schritt weiter und  
33 öffnet vielen Menschen, die sich um unser Land verdient machen, den Weg in die  
34 deutsche Staatsbürgerschaft. Damit setzen wir das Signal: Wir wollen euch als  
35 Teil unserer Gesellschaft.

36 Zeitgleich leisten wir uns jedoch immer noch ein System, indem Abschiebungen von  
37 nicht straffällig gewordenen Menschen an der Tagesordnung sind und knappe  
38 Kapazitäten bei Ausländer- und Sicherheitsbehörden binden. Auch hier müssen wir  
39 ansetzen. Der Grundsatz muss lauten: Arbeit statt Abschiebung, Ausbildung statt  
40 Abschiebung!

41 Wir brauchen jede helfende Hand und müssen die Menschen, die heute bereits hier  
42 sind, integrieren und qualifizieren, damit sie in Deutschland und Rheinland-  
43 Pfalz arbeiten können. Parallel müssen wir legale Zugangswege der Arbeits- und  
44 Bildungsmigration niedrigschwellige, effektiver und verständlicher gestalten und  
45 damit eine moderne Einwanderungspolitik vorlegen, die das Einwanderungsland  
46 Deutschland attraktiv macht und in die Zukunft führt.

47 Wir stellen uns deshalb klar gegen alle populistischen, gestrigen und  
48 diffamierenden Äußerungen aus den Reihen der Union. Sie diffamieren den  
49 aktuellen und den historischen Beitrag von Migrant\*innen für die wirtschaftliche  
50 Entwicklung unseres Landes, sie gefährden den Erhalt unserer Standortvorteile  
51 und schaden letztlich dem Wirtschaftsstandort Deutschland und Rheinland-Pfalz.  
52 Migration ist eine Konstante der Menschheitsgeschichte. Migration macht jede  
53 Gesellschaft anpassungsfähig. Wir wollen unsere Migrationspolitik vorausschauend  
54 und realistisch gestalten und unser Land für die Zukunft vorbereiten. Dafür  
55 braucht es ein positives Umfeld, sachliche Debatten und eine solidarische  
56 Willkommenskultur, statt zukunftsfeindliche Debatten von Vorgestern.

57 **Deshalb fordern wir:**

#### 58 **Weg von Abschiebung - hin zum Aufenthaltsmanagement**

- 59 • Deutschland muss den Menschen, die lange bei uns leben, eine dauerhafte  
60 Bleibeperspektive bieten. Für einen Wechsel in einen Arbeitsaufenthalt  
61 sollen künftig auch die einjährigen Helfer\*innenausbildungen  
62 berücksichtigt werden. Die Menschen, die bei uns leben und sich in unserer  
63 Gesellschaft einbringen, müssen wir wertschätzen. Wir müssen den  
64 Spurwechsel zulassen. Deshalb muss Schluss sein mit Abschiebungen aus der  
65 Duldung, wenn die Menschen eine Arbeit ausüben und sofern keine schweren  
66 Straftaten begangen wurden.
- 67 • Wir müssen den Eintritt in ein aktives Aufenthaltsmanagement gestalten.  
68 Dies kann beispielsweise durch einen engeren Austausch zwischen  
69 Ausländerbehörden und Jobcentern zur gemeinsamen Vermittlung von  
70 arbeitssuchenden Migrant\*innen gelingen.

#### 71 **Wir müssen die Arbeitskräfte von Morgen anwerben, Standortnachteile wie** 72 **Sprachbarrieren aktiv angehen**

- 73 • Arbeitskräftezuwanderung muss weiter gedacht werden als die Zuwanderung  
74 von bereits gut ausgebildeten Fachkräften. Bei tausenden offenen  
75 Ausbildungsplätzen alleine in Rheinland-Pfalz müssen wir neue Wege gehen,  
76 um potentielle Auszubildende aus dem Ausland mit Unternehmen und Betrieben  
77 in Rheinland-Pfalz zusammen zu bringen. Hier ist ein aktives Azubi-  
78 Anwerber\*innenmanagement notwendig, mit dem bestehende Hürden überwunden  
79 werden.

- 80
- Denkbar wäre beispielsweise der Aufbau eines Azubi-Vorbereitungs-Jahres für ausländische Interessent\*innen in Rheinland-Pfalz, die Einführung von englischsprachigen Ausbildungslehrgängen oder eine Reduzierung der Auflagen für die Einreise zur Ausbildungssuche. Hierzu werden wir das Gespräch mit den Verbänden suchen.
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- GRÜNE Einwanderungspolitik orientiert sich an den Aspekten der globalen Nachhaltigkeit. So braucht es etwa klare Regeln, um eine Abwanderung von branchenspezifischen Fachkräften aus Herkunftsländern zu vermeiden; denn diese Länder sind ihrerseits mit einem von der UN bestätigten „kritischen Mangel“ in bestimmten Branchen konfrontiert. Darüber hinaus unterstützen wir die Ansätze der fairen Arbeitsmigration, in dem Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in Herkunftsländern aufgebaut werden, von denen die Migrationsinteressierten, die Herkunftsländer und Deutschland profitieren können,
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93

94 **Kommen um zu bleiben: Wir wollen ein einladendes Umfeld schaffen**

- Wir wollen, dass Menschen gerne zu uns kommen und sich bei uns wohlfühlen, damit sie auch bleiben und unsere Wirtschaft und Gesellschaft bereichern können. Mit unserer offenen Gesellschaft und herzlichen Lebensart wird Rheinland-Pfalz bereits heute schnell zu einer neuen Heimat für Migrant\*innen. Deshalb müssen wir unnötige Hürden für die Einwanderung aus dem Weg räumen und die Verfahren so weit wie möglich digitalisieren und beschleunigen. Die Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen und Visa wollen wir verlängern.
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- Einwanderungspolitik muss familienfreundlich und transparent sein. Hierzu gehört, dass Zuwanderer\*innen mit ihren Familien nach Deutschland kommen dürfen. Alle Beteiligten – von den Arbeitskräften selbst über die Arbeitgeber\*innen bis hin zu Verwaltungen in unseren Kommunen – müssen gut beraten und unterstützt werden. Hierfür braucht es flächendeckend professionelle Migrationsberatung auch für Erwerbstätige und ihre Familien, sowohl vor der Einreise als auch beim Ankommen in Deutschland.
- 103
- 104
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- Neben den vielen gesellschaftlichen Gruppen und Ehrenamtlichen, die sich jetzt schon für die Integration von geflüchteten und eingewanderten Menschen engagieren, streben wir einen Schulterschluss auch mit denen an, die auf die Zuwanderung so dringend angewiesen sind: unsere
- 110
- 111
- 112
- 113

114 Unternehmer\*innen in Rheinland-Pfalz. Denn der Arbeitsplatz ist ein  
115 wichtiges Umfeld, in dem sich Migrantinnen und Migranten ohne Wenn und  
116 Aber sicher und willkommen fühlen müssen.

## **Begründung**

Die Dringlichkeit begründet sich aus folgenden Gründen:

- Die Vorlage des Eckpunktepapiers der Bundesregierung zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht und die anschließende politische Debatte sowohl im Bund als auch im Land war nach dem Antragsschluss (1.12 ff)
- Die Verabschiedung des Chancenaufenthaltsrecht im Bundesrat war nach Antragsschluss (16.12)